

Das vergessene Sparbuch

Neujahrsempfang des FDP-Kreisverbands mit Regierungspräsident Johannes Schmalzt

Beim Neujahrsempfang ihres Kreisverbands Esslingen in der Deizisauer Kelter zeigte sich die FDP selbstbewusst und mit etwas Selbstkritik. Viel mehr Kritik traf jedoch die CDU, den eher verhassten denn geliebten Koalitionspartner in Bund und Land. Regierungspräsident Johannes Schmalzt ging auf den Stuttgarter Aktionsplan zur Luftreinhaltung ein.



VON PETER DIETRICH

DEIZISAU. „Wir werden die Geschwindigkeiten auf den Bundesstraßen 10 und 313 reduzieren“, kündigte Schmalzt für die von Lkw-Mehrverkehr bedrohten Strecken an. Das gelte für Lastwagen und Pkw. „Wenn es nach mir geht, gilt für Lastwagen Tempo 60.“ Schon ab 1. März will Schmalzt zudem den Weg über den Schurwald für den Lkw-Durchgangsverkehr sperren.

Hauptthema des Vortrags war jedoch Schmalzts Plädoyer für einen „starken, aber keinen bevormundenden“ Staat. Mit überraschenden Zahlen: Bei uns seien nur noch knapp zwölf Prozent der Arbeitnehmer im öffentlichen Dienst beschäftigt, in Frankreich 24 und in Skandinavien über 30 Prozent. In den letzten Monaten habe der Staat nicht alles falsch gemacht. „Das Kurzarbeitergeld war ein Segen, auch die Verlängerung.“

Verkehrsinvestitionen und das Geld für die Kommunen seien wichtige Impulse gewesen. „Die Kommunen sind die Basis unseres Gemeinwesens, wer sie schlecht behandelt, macht einen Fehler.“ Doch sei die Gewerbesteuer für sie „nicht die letzte Weisheit“, ein höherer Anteil an der Umsatzsteuer besser. Von der CDU setzte sich Schmalzt in der Sicherheitspolitik ab. „Ein starker liberaler Staat macht nicht alle zu Verdächtigen.“ Es sei falsch, alle gleichmäßig durch den Nacktscanner zu schicken, auch die 80-jährige Oma. Der israelische Geheimdienst Mossad, so der ehemalige Verfassungsschützer Schmalzt, konzentriere 80 Prozent der Aktivitäten auf 20 Prozent der Fluggäste. Täterprofilen zu folgen, sei - anders als von den Grünen behauptet - keine Diskriminierung.

Ebenso distanzierte sich Schmalzt in der Bildungspolitik, hier dürfe es keine Denkverbote geben. Im Kreis würden fast alle Anträge für Werkrealschulen genehmigt, kündigte er an, außer Problemfälle wie Aichtal und Dettingen, hier seien noch Gespräche nötig. Ob die Werkrealschule die Hauptschule retten werde, werde sich erst in einigen Jahren zeigen.

„Das Jahr eins nach der Krise könnte der Auftakt für ein liberales Jahrzehnt werden“, hofft der FDP-Landtagsabgeordnete Ulrich Noll. In der Krise sei es richtig, nichts kaputt zu sparen. Trotzdem sei eine Rekordverschuldung des Landes von 4,8 Milliarden Euro der falsche Weg. Noll kritisierte nicht nur die Bildungspolitik und das „weiter so“ der CDU, sondern auch den parteiinternen Umgang der Liberalen. Einen Umgang, den Martin Brückner, Vorsitzender des Ortsverbands Neckar/Fils, als „Intrige in der Landtagsfraktion“ beschrieb. Er monierte, dass von 400 Vorschlägen des „FDP-Sparbuchs“ bislang kein einziger umgesetzt sei. „Wie kann ich das vor Freunden, Nachbarn und Bekannten rechtfertigen?“

Für den Kreisvorsitzenden Ulrich Fehlren steht der Schuldige für den laut Brückner „mäßigen Start der Bundesregierung“ klar fest. Nicht die FDP sei es, die noch nicht in der Regierung angekommen sei. „Die CDU hat sich noch nicht aus der Großen Koalition gelöst.“ Applaus.

Judith Skudelny, zugleich Bundestagsabgeordnete und Stadträtin in Leinfelden-Echterdingen, erlebt diese Spannung positiv: „Durch die Verknüpfung sehe ich im Bund, was ich in der Gemeinde anrichte.“ Wer denke, die Abgeordneten machten alles falsch, bat sie, der solle ihnen das deutlich melden. Skudelny zitierte ihren Vater. Es gebe keine gute Partei, habe dieser ihr gesagt, sondern nur die Partei, die am wenigsten schlecht sei.

Regierungspräsident Johannes Schmalzt Foto: Dietrich

Köln/Bonner Flughafen

Fluglärmstudie kommt unter die Lupe

Von Uli Jansen, 04.03.10, 12:10h

Studen zum nächtlichen Fluglärm am Köln/Bonner Flughafen beschäftigen nun auch den Bundesumweltausschuss in Berlin. Die FDP fordert eine breitere wissenschaftliche Aufbereitung des Themas.



Macht Fluglärm krank?
Darüber streiten sich die
Experten. (Bild: dpa)

KÖLN. Die Studie über den Zusammenhang von Erkrankungen und Fluglärm am Köln/Bonner Flughafen, die im Auftrag des Bundesumweltamtes durchgeführt und nun veröffentlicht wurde, zieht Konsequenzen nach sich. Gestern stellte der Epidemiologe Eberhard Greiser seine Ergebnisse in einer Sitzung vor dem Bundesumweltausschuss vor. Seiner Einschätzung nach erhöht Fluglärm das Risiko von Herz-Kreislaufkrankungen und - bei Frauen - zudem das Risiko für Depressionen.

Nach dem Willen der FDP soll diese Erhebung nun erst einmal einer breiteren wissenschaftlichen Öffentlichkeit zur Verfügung gestellt werden. Denn: "Starker Fluglärm macht ohne Frage krank", sagt FDP-Lärmschutzbeauftragte Judith Skudelny in Berlin. Reflexartige Forderungen nach einer Grenzwertverschärfung wären jedoch verfrüht. Denn ob die Studie tragfähige neue Erkenntnisse beinhaltet, sei nicht zweifellos klar.

Die Expertise war aufgrund von Flugbewegungen aus dem Jahr 2004 erstellt worden. Aus dieser Zeit stammt auch eine weitere Erhebung des Fluglärmexperten aus Musweiler in der Eifel, die sich mit der Medikamenteneinnahme von Menschen, die im Umfeld des Flughafens wohnen, auseinandersetzt.

Flughafen investiert in Schutzmaßnahmen

Der Flughafen in der Region hatte durch die Ansiedlung der Billigflieger in den vergangenen acht Jahren einen deutlichen Aufschwung erlebt und eine Vielzahl von Arbeitsplätzen am Airport und der Umgebung gesichert. Die Zahl der Flugbewegungen seit dem für die Erhebung relevanten Jahr 2004 ist allerdings zurückgegangen: Statt 36 200 in 2004 gab es im vergangenen Jahr 32 200 Starts und Landungen. Insgesamt sank die Zahl der Flugbewegungen in den fünf Jahren von 152 000 auf 137 200 in 2009. Da die Flugzeuge, die eine Landeerlaubnis bekommen, immer leiser werden, hat sich zudem der Dauerschallpegel an allen Messstationen verringert.

Der Flughafen Köln/Bonn - der seit den 90er Jahren rund 70 Millionen Euro in den Schallschutz investieren muss - wollte sich gestern zu der Studie nicht äußern.

<http://www.rundschau-online.de/jkr/artikel.jsp?id=1267540471666>

Alle Rechte vorbehalten. © 2010 **Kölnische Rundschau**

Bildung des Volkes ist Volksvertretern zu teuer

Von "Filder-Zeitung", aktualisiert am 05.03.2010 um 04:30

Leinfelden-Echterdingen. Die VHS ist beliebt, macht aber Verlust - jetzt werden Einsparpotenziale gesucht. Von Tim Höhn

Es geht ans Eingemachte. "Alle Kosten müssen auf den Prüfstand", lautet seit Wochen der Lieblingssatz aller politisch Verantwortlichen in L.-E. Kein Ausschluss und keine Gemeinderatssitzung, in der die Binsenweisheit nicht ausgepackt wird. In der Krise fährt die Stadt einen harten Sparkurs, noch aber, ohne dem Volk allzuviel zuzumuten. Entlastet wurde der Haushalt vor allem, indem teure Projekte verschoben wurden. Das könnte sich ändern, wenn zunehmend Einrichtungen in den Fokus geraten, die oft ebenso beliebt wie unrentabel sind. "Wir müssen genau schauen, welche Angebote wir uns noch leisten können", sagte Oberbürgermeister Roland Klenk kürzlich, und meinte damit auch die Volkshochschule (VHS).

Deutlicher wird die FDP-Stadträtin und Bundestagsabgeordnete Judith Skudelny. "Das Erlernen von Hebräisch, Afrikaans und Sorbisch ist vielleicht erstrebenswert, ob es mit öffentlichen Geldern gefördert werden sollte, darf jedoch stark angezweifelt werden", kritisierte sie in ihrer Haushaltsrede. "Bei der Volkshochschule sind bestimmte Kursangebote auf den Kosten- und Nutzenfaktor zu überprüfen." Wobei zu erwähnen wäre, dass Skudelny sich offensichtlich beim Blick ins Programmheft verguckt hat, denn die Sorbisch- oder Afrikaans-Kurse werden nicht in L.-E., sondern in Ostfildern und Filderstadt angeboten - im Bereich seltene Sprachen kooperieren die drei Volkshochschulen.

Die Fakten. Für das laufende Jahr rechnet die Verwaltung an der VHS mit Einnahmen von rund 700 000 Euro, demgegenüber stehen Ausgaben in Höhe von 1,33 Millionen Euro, womit summa summarum ein Verlust von mehr als 600 000 Euro bleibt. Ein Großteil der Ausgaben sind Fixkosten für die acht hauptamtlichen Mitarbeiter und die VHS-Gebäude, ein weiterer Teil fließt an die Honorarkräfte, die für die jeweiligen Kurse engagiert werden.

Kulturbürgermeister Alexander Ludwig hat jetzt eine Analyse der Einrichtung angekündigt. "Optimierungspotenziale" wolle man suchen, sagt er. Konkret klingt das nicht, aber fest steht: Sollen die Kosten runter, wird ein Verzicht auf Hebräisch-Seminare wenig nutzen. Die einzelnen Kurse finden laut Ludwig nur statt, wenn sich über Gebühren zumindest die variablen Ausgaben für die Referenten abdecken lassen. Ist dies nicht der Fall, wird abgesagt.

Blieben also nur die Möglichkeiten, Personal abzubauen, Standorte aufzugeben oder Gebühren zu erhöhen, denn für die Fixkosten werden die VHS-Nutzer bislang kaum zur Kasse gebeten. Ein Zustand den die Freien Wähler für "nicht mehr hinnehmbar" halten, weswegen Stadtrat Joachim Beckmann von der Verwaltung ein klares Einspar-Konzept einfordert. "Die Diskussion hat sich zu einem Dauerbrenner entwickelt, ohne dass wir einen Schritt weitergekommen sind."

Ludwig betont, auch er halte diese Forderung für berechtigt. "Die Stadt sollte ihre freiwilligen Leistungen möglichst effizient gestalten", sagt er, warnt aber gleichzeitig vor einem Kahlschlag. Die Volkshochschule sei schließlich eine Einrichtung, die sich "aufgrund ihres Angebots bis weit über unsere Stadtgrenzen hinaus ein hohes Maß an Anerkennung erworben hat".

Neuer Firmensitz

Die Firma Oppermann hat in den Regelgeräten hat in den

Oberächen zirka drei Millionen Euro investiert.



Filder-Zeitung

Dienstag, 9. März 2010



Pakt für Schüler

In Leinfelden und Bonlanden haben Schulleiter Bildungspartnerschaften mit den Firmen Bosch und Herma a. u. n. erzielt. Seit

Skudelný kanzelt Fluglärm-Gutachter ab

Füder. Filder-Bundestagsabgeordnete streiten über Ergebnisse einer Untersuchung des Umweltbundesamts. Von Norbert J. Leven

Erhard Greiser hat zwar nicht die gesundheitlichen Folgen des Fluglärms für die Menschen auf den Fildern untersucht, aber die Filder-Bundestagsabgeordnete Ute Vogt (SPD) und Judith Skudelný (FDP) streiten über die Konsequenzen, die aus seiner für Umweltbundesamt verfassten Studie zu ziehen sind.

„Risikofaktor nächtlicher Fluglärm“ ist der Titel des Gutachtens, über das der Umweltausschuss des Bundestages in der vergangenen Woche diskutiert hat. Greiser, Epidemiologe aus Bremen, kommt darin für den Einzugsbereich des Flughafens Köln/Bonn zu dem Ergebnis, dass bei über 40 Jahre alten Menschen ein Zusammenhang zwischen nächtlichem Fluglärm und Herz-Kreislauf-Erkrankungen besteht. Das Risiko einer Erkrankung sei dort stärker erhöht, wo die Menschen keinen Anspruch auf eine Finanzierung von Schallschutzmaßnahmen hätten.

Die Stuttgarter Bundestagsabgeordnete Ute Vogt sieht mit dem Gutachten die kritische Haltung der SPD zu nächtlichem Flugbetrieb untermauert. Die aktuelle Studie bestärke ihre Partei bei der Ablehnung der Ausweitung von Flugzeiten. Das? Fluglärm krank machen könne, sei in der Vergangenheit bereits mehrfach untersucht worden. Die nun vorliegende Studie beweise jedoch „durch eindrucksvolle Datenmengen“, dass ein Zusammenhang zwischen Fluglärm und Erkrankung - besonders auch bei Störung der Nachtruhe - „nicht von der Hand zu weisen ist“, schreibt die frühere Landesvorsitzende der SPD in einer Pressemitteilung. Für die Abgeordnete des Stuttgarter Filder-Wahlkreises ergibt sich daraus eine Konsequenz für



Die Bundestagsabgeordneten Ute Vogt und Judith Skudelný sind uneins, welche Konsequenzen aus der Fluglärm-Untersuchung eines Medizinern zu ziehen sind. Foto: Archiv Norbert J. Leven

den Echterdinger Flughafen. Sie fühle sich bestärkt in der Forderung, das bestehende Nachtstartverbot nicht aufzuweichen.

Die Echterdinger Bundestagsabgeordnete Judith Skudelný, in der FDP-Fraktion zuständig für Lärmschutz, zollt der Expertise des Professors aus Bremen hingegen wenig Beifall: „Gerade weil es um die Gesundheit der Bürger geht, ist es umso wichtiger, dass sich die Politik bei der Beurteilung notwendiger Maßnahmen auf seriöse wissenschaftliche Daten stützt.“ Ob die jetzt diskutierte Studie eine solche seriöse Arbeit sei, ist nach Ansicht von Skudelný aber „gerade nicht erwiesen“.

Ihre Zweifel begründet die Liberale un-

ter anderem damit, dass das Umweltbundesamt das Gutachten bisher nur in den Medien veröffentlicht habe und eine Überprüfung der angewandten Untersuchungsmethodik fehle. Vieles spreche dafür, dass das Studiendesign der Untersuchung „ähnliche Schwächen wie eine bereits 2006 von Professor Greiser veröffentlichte Studie aufweise“. Skudelný kritisiert, dass Greiser aktuell nur die Krankenkassen von Patienten und dabei die sechs verkehrsreichsten Monate des Jahres 2004 zugrunde gelegt habe. „Angesichts der 2007 durchgeführten Novellierung des Fluglärmschutzgesetzes kann man die Daten als veraltet betrach-

ten“, sagt die Politikerin. Die FDP stehe für eine seriöse Umweltpolitik, macht Skudelný deutlich. Die Liberalen wollen deshalb erst einmal die ohnehin laut Koalitionsvertrag anstehenden Maßnahmen umsetzen. Die Vereinbarung zwischen CDU, CSU und FDP enthält die Formulierung, die Regierung wolle „insbesondere international wettbewerbsfähige Betriebszeiten sicherstellen“. Dieser Passus war wie berichtet von der Schutzgemeinschaft Filder bereits im Oktober als „Angriff auf die Gesundheit der Bürger“ heftig kritisiert worden. Das Stuttgarter Innenministerium hatte daraufhin erklärt, am Betriebsbeginn um 6 Uhr in Echterdingen festzuhalten.

„Nur ein Schritt in die richtige Richtung“

Filder. Schulleiter fordern nachhaltige Verbesserungen für alle Ganztageschulen.

Gabriele Rogers, Leiterin der Leinfeldener Ludwig-Uhland-Schule und Ralph Schindler, Schulleiter der Hauptschule Bonlanden, sind sich einig: Die Übergangsregelung in Sachen Altklassenschulen sei eben nur eine Übergangslösung. „Das ist lediglich ein Schritt in die richtige Richtung“, sagt Schindler. „Wir brauchen aber nachhaltige Verbesserungen.“ Rogers fügt an: „Der Bedarf an den Lehrerstunden besteht langfristig und nicht nur im kommenden Jahr.“ Auch Günter Klein, der Leiter des Staatlichen Schulamtes in Nürtingen, sagt: „Was danach kommt, kann man heute noch nicht sagen.“

Die neue Kultusministerin Marion Schick hatte am Freitag angekündigt, dass an Ganztageschulen mit besonderer pädagogischer und sozialer Aufgabenstellung, also Altklassenschulen, Übergangsweise auch für das Schuljahr 2010/11 die bislang zugewiesenen Lehrerwochenstunden erhalten bleiben (wir berichteten). Das Land hatte zuvor angekündigt, diese zu kürzen und damit massive Kritik unter anderem bei Kommunalpolitikern in Filderstadt und L.-E. hervorgerufen.

Oberbürgermeister aus dem Kreis Esslingen hätten mit einem offenen Brief gegen die Kürzungen protestiert, darunter auch die Rathausschefs aus Filderstadt und Leinfelden-Echterdingen. Die Filderstädter Sozialdemokraten hatten bei der Verwaltungsspitze eine Resolution beantragt, die sich gegen die Streichung der Lehrerstunden richtet. Über diese hat der Gemeinderat gestern Abend beraten. Ein Bericht dazu folgt in unserer morgigen Ausgabe. Schindler sagte dazu bereits gestern Vormittag: „Die Resolution muss gestellt werden.“ **nk**

Dunkles Dach ärgert die Nachbarn

Plattenhardt. Was ihnen verwehrt wurde, gibt es auf einem Haus am Wasenplatz nun doch; anthrazitfarbene Ziegel. Von Otto-H. Höusser

Die Nachbarn der Achterwaldstraße haben nicht schlecht gestaut als dort bei einem Neubau das Dach gedeckt wurde. Die Ziegel, die dabei verwendet wurden, hatten eher die Farbe schwarz als rot. Und das, obwohl im Bebauungsplan „rot bis rotbraun“ für die Dächer vorgeschrieben ist.

Nun sind die Anwohner des Wasenplatzes aus den Häuschen. Was ihnen unterzagt wurde, soll nun plötzlich doch erlaubt sein. Verärgert haben sie beim Leiter des Filderstädter Baurechtsamts, Dieter Alber, nachgefragt, was denn nun Sache sei. „Herr Alber hat mir geantwortet: Die Ziegel sind dunkelbraun und weisen einen Botanteil auf“, erzählt eine der Anwohnerinnen.

„Da lachen ja die Hühner“, sagt die junge Frau. „Ich habe ihm geantwortet: In jeder Farbe außer weiß gibt es Botanteile.“ Auf Anfrage unserer Zeitung gibt Alber zu, dass er ebenfalls erstaunt gewesen sei, als er die dunklen Dachziegel gesehen habe.

Nun will er prüfen, ob die Farbe mit den Vorgaben des Bebauungsplans übereinstimmt. Dazu will er sich auch Unterlagen des Herstellers zuschicken lassen.

Ob die Ziegel wieder runter müssen, falls die Farbe nicht passt, weiß der Baurechtsamtsleiter noch nicht. „Dann muss geprüft werden, ob dies wirtschaftlich vertretbar wäre“, sagt er. Diese Auskunft erzürnt die Anwohnerin noch mehr. „Zu uns wurde gesagt, wenn ihr dunkle Ziegel drauf macht, dann müsst ihr die auch wieder abdecken“, erzählt sie.

„Ich dachte, jeder muss sich an die Regeln halten“, erklärt sie und regt sich jetzt noch mehr darüber auf, dass ihr Haus ein rotes Dach hat. „Uns hätte ja schon ein braunes gereicht“, sagt sie und erzählt von dessen Vorteilen. Weil es witterungsbeständiger sei, bleibe es auch länger ansehnlich. Und daserhöhe den Wiederverkaufswert.“

Für Ärger sorgt allerdings nicht nur die Farbe der Ziegel auf dem Neubau. Das Ge-

bäude selbst ist den Nachbarn auch zu groß. Baurechtsamtsleiter Alber versichert allerdings, dass die Maximalhöhe von 10,50 Meter eingehalten sei. Im Übrigen sei die Zahl der Stockwerke im Bebauungsplan nicht geregelt. Die Nachbarn sehen dies anders. „Warum wurde dann direkt daneben nicht drei- sondern nur zweieinhalbstöckig gebaut“, fragen sie. „Die hätten auch höher bauen können“, antwortet Alber. Der Baurechtsamtsleiter hat auch eine Erklärung dafür, dass der Neubau deutlich gewaltiger als die Nachbarhäuser wirkt. „Das Haus hat ein flaches Dach. Dadurch liegt die Traufhöhe sehr weit oben“, sagt er.

Die betroffene Anwohnerin traut der Sache nicht. Es gebe in der Nähe des Neubaus zwar Häuser, die ähnlich hoch seien. In diesen Fällen sei aber eine Befreiung erteilt worden. Die junge Frau hat inzwischen das Regierungspräsidium eingeschaltet. Die Aufsichtsbehörde soll prüfen, ob das Baurechtsamt der Stadt rechtmäßig gehandelt hat. „Aus dem Grund der Gleichberechtigung verlangen wir den Rückbau der Gebäudehöhe und die Dachziegelfarbe rot“, heißt es in dem Brief, den die Frau und ihr Mann losgeschickt haben.

Straßenspernung in Plattenhardt

Gasleitung muss repariert werden

Plattenhardt (nk). Die Goethestraße ist auf der Höhe der Schulstraße noch voraussichtlich bis zum Freitag, 19. März, an drei bis fünf Tagen für Autofahrer voll gesperrt, informiert das Filderstädter Amt für Sicherheit und Ordnung in einer Pressemitteilung. Der Grund ist eine Störung der Gasleitung. Mitarbeiter der EnBW versuchen derzeit, die Störung zu beheben.

Mehrere Tausend Euro erbeutet

Einbruch in Firma

Bernhausen (red). In der Nacht auf Sonntag ist ein bislang unbekannter Täter durch ein geöffnetes Kipfenster in eine Firma an der Adlerstraße eingestiegen. Aus Roll-Containern entwendete er Bargeld in Höhe von mehreren Tausend Euro. Es entstand ein Sachschaden von zirka 500 Euro.



Das fragile Dach (hinten) ist deutlich dunkler als das der Häuser in der Umgebung. Foto: Otto-H. Höusser

Pferdemarkt: Förderverein will 2011 alles nachholen

Bernhausen, Vereinsvorsitzender Walter Alber lässt sich vom samstäglichem Wintereinbruch nicht entmutigen. Natalie Kanter

Walter Alber ist enttäuscht. So hatte sich der Vorsitzende des Pferdemarkt-Fördervereins das vergangene Wochenende nicht vorgestellt. „So lange ich auf den Pferdemarkt gehe - und das sind mindestens 40 Jahre - hat es noch nie ein solches Chaos gegeben“, sagt er am Montag der Filder-Zeitung. Der Wintereinbruch hatte den Veranstaltern einen dicken Strich durch das Programm gemacht (wir berichteten).

Auf die Siegerehrung und das Schaufahren in der Ortsmitte musste verzichtet werden. Viele Pferdefreunde und -händler scheuten die Anfahrt nach Bernhausen und auch der Zuschaueransturm war laut Alber „sehr überschaubar“. Die Oldtimerfreunde aus Waldenbuch konnten nicht anreisen. Sie wollten eigentlich an dem Trak-

toren-Schau fahren teilnehmen. Der Musikverein Bernhausen konnte die Bewirtung in der Ortsmitte nicht übernehmen. Von sechs Uhr früh an hagelte es am Samstag Absagen, klärt Alber auf. Seine Enttäuschung wurde immer größer und auch die Gewissheit, dass der Verein „das Ding plätzen lassen muss“. Einen Wettstreit und eine Prämierung gab es dennoch. Fast alle Preisrichter, waren bereits am Vortag angeeignet und mussten auch bezahlt werden.

Alber lobt ausdrücklich die Mitarbeiter des Filderstädter Amtes für Familie, Schulen und Vereine. Diese hätten sehr engagiert und spontan eine alternative Siegerehrung auf dem Festplatz organisiert.

Der eine oder andere Zuschauer stand am Samstagnachmittag dennoch etwas ratlos in der Ortsmitte. Alber bewertet die In-

formation über die Programmänderung als eine „misslungene Aktion“. Die Hauptstraße war nicht gesperrt. „Das war für die Zuschauer ein deutliches Zeichen, dass dort nichts stattfinden konnte“, sagt er.

Schuld für die Misere will der Vorsitzende keinem geben. „Wir können niemandem böse sein, dass er bei so einem Wetter nicht raus will“, räumt er ein. Die Veranstaltung wie geplant durchzuführen, das wäre eine Zumutung für Mensch und Tier gewesen. Der Vorsitzende kündigt an: „dass es im kommenden Jahr um so schön werden soll“. Dann steht der 90. Pferdemarkt an. Diesen soll es von Seiten des Vereins auf jeden Fall geben.

Auch Bürgermeister Andreas Koch hofft, dass es im kommenden Jahr wieder besseres Wetter zum Pferdemarkt geben wird. Die Stadt will die Veranstaltung auch weiterhin mitfinanzieren. „Die Kürzungspläne sind vom Tisch“, sagt er. Und wegen Wetterkapriolen wolle die Veranstaltung niemandem in Frage stellen.



Der Pferdemarkt-Förderverein will im kommenden Jahr an den Erfolg von 2009 anknüpfen. Dann soll es auch wieder ein Schaufahren in der Ortsmitte geben. Foto: Archiv Natalie Kanter

Skudelny kanzelt Fluglärm-Gutachter ab

Von "Filder-Zeitung", aktualisiert am 09.03.2010 um 04:31

Filder. Filder-Bundestagsabgeordnete streiten Über Ergebnisse einer Untersuchung des Umweltbundesamts. Von Norbert J. Leven

Eberhard Greiser hat zwar nicht die gesundheitlichen Folgen des Fluglärms für die Menschen auf den Fildern untersucht, aber die Filder-Bundestagsabgeordneten Ute Vogt (SPD) und Judith Skudelny (FDP) streiten über die Konsequenzen, die aus seiner fürs Umweltbundesamt verfassten Studie zu ziehen sind.

"Risikofaktor nächtlicher Fluglärm" ist der Titel des Gutachtens, über das der Umweltausschuss des Bundestages in der vergangenen Woche diskutiert hat. Greiser, Epidemiologe aus Bremen, kommt darin für den Einzugsbereich des Flughafens Köln/Bonn zu dem Ergebnis, dass bei über 40 Jahre alten Menschen ein Zusammenhang zwischen nächtlichem Fluglärm und Herz-Kreislauf-Erkrankungen besteht. Das Risiko einer Erkrankung sei dort stärker erhöht, wo die Menschen keinen Anspruch auf eine Finanzierung von Schallschutzmaßnahmen hätten.

Die Stuttgarter Bundestagsabgeordnete Ute Vogt sieht mit dem Gutachten die kritische Haltung der SPD zu nächtlichem Flugbetrieb untermauert. Die aktuelle Studie bestärke ihre Partei "bei der Ablehnung der Ausweitung von Flugzeiten". Dass Fluglärm krank machen könne, sei in der Vergangenheit bereits mehrfach untersucht worden. Die nun vorliegende Studie beweise jedoch "durch eindrucksvolle Datenmengen", dass ein Zusammenhang zwischen Fluglärm und Erkrankung - besonders auch bei Störung der Nachtruhe - "nicht von der Hand zu weisen ist", schreibt die frühere Landesvorsitzende der SPD in einer Pressemitteilung. Für die Abgeordnete des Stuttgarter Filder-Wahlkreises ergibt sich daraus eine Konsequenz für den Echterdinger Flughafen. Sie fühle sich bestärkt in der Forderung, das bestehende Nachtstartverbot nicht aufzuweichen.

Die Echterdinger Bundestagsabgeordnete Judith Skudelny, in der FDP-Fraktion zuständig für Lärmschutz, zollt der Expertise des Professors aus Bremen hingegen wenig Beifall: "Gerade weil es um die Gesundheit der Bürger geht, ist es umso wichtiger, dass sich die Politik bei der Beurteilung notwendiger Maßnahmen auf seriöse wissenschaftliche Daten stützt." Ob die jetzt diskutierte Studie eine solch seriöse Arbeit sei, ist nach Ansicht von Skudelny aber "gerade nicht erwiesen".

Ihre Zweifel begründet die Liberale unter anderem damit, dass das Umweltbundesamt das Gutachten bisher nur in den Medien veröffentlicht habe und eine Überprüfung der angewandten Untersuchungsmethodik fehle. Vieles spreche dafür, dass das Studiendesign der Untersuchung "ähnliche Schwächen wie eine bereits 2006 von Professor Greiser veröffentlichte Studie aufweist", Skudelny kritisiert, dass Greiser aktuell nur die Krankendaten von Patienten gesetzlicher Krankenkassen ausgewertet und dabei die sechs verkehrsreichsten Monate des Jahres 2004 zugrunde gelegt habe. "Angesichts der 2007 durchgeführten Novellierung des Fluglärmgesetzes kann man die Daten als veraltet betrachten", sagt die Bundestagsabgeordnete.

Die FDP stehe für eine seriöse Umweltpolitik, macht Skudelny deutlich. Die Liberalen wollten deshalb erst einmal die ohnehin laut Koalitionsvertrag anstehenden Maßnahmen umsetzen. Die Vereinbarung zwischen CDU, CSU und FDP enthält unter anderem die Formulierung, die Regierung wolle "insbesondere international wettbewerbsfähige Betriebszeiten sicherstellen".

Dieser Passus war wie berichtet von der Schutzgemeinschaft Filder bereits im Oktober vergangenen Jahres als "Angriff auf die Gesundheit der Bürger" heftig kritisiert worden. Das Stuttgarter Innenministerium hatte daraufhin erklärt, am Betriebsbeginn um 6 Uhr in Echterdingen festzuhalten.

Leserbrief zum Fluglärmartikel vom 09.03.2010

Es ist völlig unstrittig, dass Fluglärm krank macht. Durch den Artikel kann der Eindruck entstehen., dass ich dies bestreite. Das ist nicht richtig. Die Bundesregierung hat auch nicht vor, das Nachtflugverbot am Stuttgarter Flughafen weiter aufzuweichen. Die Filder Zeitung hat leider eine von mir zitierte Pressemitteilung an einem entscheidenden Punkt gekürzt und im Anschluss Passagen aus dem Koalitionsvertrag ergänzt, auf die ich mich nicht bezogen habe. Im Koalitionsvertrag ist festgehalten, dass Militärflughäfen zivilen Flughäfen bei den Lärmschutzbestimmungen gleichgestellt werden sollen. Darauf habe ich mich bezogen. Meine Kritik galt der Art und Weise der Studie von Eberhard Greiser zum Fluglärm. Greiser hat sich zum wiederholten Male bei einer Untersuchung zu den gesundheitlichen Folgen von Fluglärm nicht an wissenschaftliche Standards gehalten. Derartige zweifelhafte Gutachten sollten vom Bundestag nicht herangezogen werden, um gesetzgeberisch tätig zu sein.

Judith Skudelny, MdB

Von spießigen Punkern und urliberaler Politik

Judith Skudelny (34) aus Nürtingen vertritt als Patenabgeordnete der FDP den Wahlkreis Zollernalb im Bundestag

Balingen, 10.03.2010 von Daniel Seeburger

21,5 Prozenle hat die FDP bei der Bundestagswahl im Wahlkreis eingefahren. Trotzdem reichte es nicht für einen Abgeordneten in Berlin. Judith Skudelny hat die Aufgabe übernommen.

Judith Skudelny zählt mit ihren **34** Jahren zu den jungen Abgeordneten im Parlament. Die zweifache Mutter aus Nürtingen vertritt die Wahlkreise Nürtingen und Esslingen und als Patenabgeordnete den Wahlkreis Zollernalb in Berlin. Obwohl die FDP hier im vergangenen Jahr einen Stimmenzuwachs von **9,6** Prozent verzeichnen konnte, reichte es weder zu einem Direktmandat noch zu einem Mandat über die Landesliste. Die Rechtsanwältin arbeitet beim Amtsgerichtsbezirk Tübingen und kennt den Zollernalbkreis gut. Beim Besuch des ZOLLERN-ALB-KUIERS spricht die **34**-Jährige von einer „freiwillig gefühlten Zuständigkeit“ für den Wahlkreis Zollernalb.

Vor zehn Jahren begann die politische Karriere von Judith Skudelny. Sie kandidierte für den Gemeinderat von Leinfelden-Echterdingen und fiel prompt durch. Fünf Jahre später klappte es dann. „Die Gemeinderatsarbeit ist mit der Tätigkeit im Bundestag nicht zu vergleichen. Berlin ist ideologischer“, erklärt sie. Aber die **34**-Jährige ist auch überzeugt davon, das man sich einmischen muss. „Du muss es nicht nur besser wissen, sondern auch zeigen, dass du es besser machen kannst“, erklärt die frisch gebackene Abgeordnete.

Und weshalb gerade bei der FDP? „Ich bin nicht konservativ“, verrät sie. „Und die SPD ist mir zu ideologisch“. „Jeder sollte für sich den eigenen Weg finden, und zwar mit der größtmöglichen Freiheit“, meint Judith Skudelny. Diesen Weg sieht die **34**-Jährige in der FDP verwirklicht. „Ich bin urliberal“, verrät sie und erzählt von den beiden Punkern, die sei einmal in ihrem Auto mitgenommen hat. Sie hätten ihr vorgeworfen, spießig zu sein. Genau denselben Vorwurf allerdings mussten sich die Fahrgäste von der Politikerin gefallen lassen, weil die vermeintlich coolen Jugendlichen andere Ansichten nicht gelten lassen wollten. Im Bundestag gehört Judith Skudelny dem Umweltausschuss an. Ihr Zii sei es, Bundesthemen auch bei den Bürgern zu verankern, erklärt die junge Abgeordnete. Das ist für sie die Grundvoraussetzung, „Politik zu machen, die man auch versteht“. Doch sie verschweigt auch nicht, dass sie nach der kurzen Zeit im Bundestag noch Lernbedarf hat. Beispielsweise in der Energiepolitik. Die müsse man „erst einmal verstehen“, führt sie aus.

Judith Skudelny will die „Menschen mitnehmen und in die Entscheidungsprozesse mit einbeziehen“.

Politikverdrossenheit entstehe dann, wenn die Menschen die Politik nicht mehr verstünden, sagt die **34**-Jährige.

„Politik muss Spaß machen“, sagt die junge FDP-Politikerin dem Kreisvorsitzenden Siegfried Rall, den sie in der ZAK-Redaktion trifft. Der stimmt ihr zu. „Das Gemeinschaftsgefühl im Kreisverband ist wichtig“. Auch da will ihr Rai nicht widersprechen.

0] e n s i x i e

Endlich gefunden werden •
tztitray ins Firm'nverjeijhnis •
Ei.Cjens/firmer5pri.->y(1 u11gr

zwischen 20 und 22 Uhr im Bürgerhaus, Uhlbergstraße 37, einen Vortrag mit dem Titel „I did it my way: Ermutigung zum eigenen Ich.“ Der Eintritt kostet zehn Euro.

Vaihingen

Hegel-Open (ed). Für die zukünftigen Fünftklassier veranstaltet das Hegelgymnasium, Krehlstraße 65, am Freitag, 12. März, einen Tag der offenen Tür. Eltern und Kinder können sich beim „Hegel-Open“ bei einem Rundgang einen Eindruck von der Schule verschaffen. Sollten an diesem Tag nicht alle Unklarheiten beseitigt werden können, besteht am Mittwoch, 17. März, 20 Uhr, noch einmal Gelegenheit, Antworten zu erhalten.

Lesermeinung

Zweifelhafte Gutachten

Zum Bericht „Skudelny kanzelt Fluglärm-Gutachter ab“ vom 9. März:

Es ist völlig unstrittig, dass Fluglärm krank macht. Durch den Artikel kann der Eindruck entstehen, dass ich dies bestreite. Das ist nicht richtig. Die Bundesregierung hat auch nicht vor, das Nachtflugverbot am Stuttgarter Flughafen weiter aufzuweichen. Die Filder-Zeitung hat leider ein Zitat aus meiner Pressemitteilung an einem entscheidenden Punkt gekürzt und im Anschluss Passagen aus dem Koalitionsvertrag ergänzt, auf die ich mich nicht bezogen hatte. Im Koalitionsvertrag ist auch festgehalten, dass Militärflughäfen zivilen Flughäfen bei den Lärmschutzbestimmungen gleichgestellt werden sollen. Darauf habe ich mich bezogen. Meine Kritik galt der Art und Weise der Studie von Eberhard Greiser zum Fluglärm. Greiser hat sich zum wiederholten Male bei einer Untersuchung zu den gesundheitlichen Folgen von Fluglärm nicht an wissenschaftliche Standards gehalten. Derartige zweifelhafte Gutachten sollten vom Bundestag nicht herangezogen werden, um gesetzgeberisch tätig zu sein.

Judith Skudelny,

FDP-Bundestagsabgeordnete, Stetten

Die Stadträte waren nicht begeistert, als sie darüber entscheiden mussten, ob ihr das Integrierte Stadtentwicklungs-Konzept (ISEK) mehr als doppelt soviel Geld ausgegeben werden soll, als ursprünglich gedacht. Letztlich enthielten sich bei der Abstimmung im Gemeinderat immerhin neun Räte der Stimme.

Bisher war man davon ausgegangen, dass für den Prozess der Stadtentwicklung, der auf zwei Jahre angelegt war, 50 000 Euro ausreichen werden. Die Verwaltung hatte gedacht, dass nur im bereits abgeschlossenen ersten Teil des Prozesses eine externe Moderation benötigt werde. Diese Einschätzung sei jedoch revidiert worden, hatte Bürgerreferent Thomas Haigis, der

Nichtssagendes Geschwafel

Zum selben Thema:

Nach dem Studium dieses Berichts würde ich keinen Wähler auf den Fildern mehr verstehen, der bei der nächsten Wahlen Frau Judith Skudelny (FDP) bzw. ihrer Partei seine Stimme gibt. Anstatt alle Ansätze zu würdigen, wie die Umweltbelastung „Fluglärm“ und die gesundheitlichen Folgen dieser Belastung angegangen werden können, vertritt die Dame - trotz ihrer verbalen Nebelkerze - unverholen und einseitig die Interessen der klassischen Klientel ihrer Partei. Ihr nichtssagendes Geschwafel ändert nichts an der Intention, die letztlich hinter Skudelnys Position steckt. Ich setze auf den gesunden Wählerverstand der Betroffenen bei den kommenden Wahlen.

Werner Bauer, Dürrlewang

Die Polemik sparen

Zu den Berichten „Bildung des Volkes ist Volksvertretern zu teuer“ vom 5. März und „Skudelny kanzelt Fluglärm-Gutachter ab“ vom 9. März:

Frau Skudelny hat anscheinend schnell auf der politischen Bühne in Berlin gelernt, wie man

ISEK federführend betreut, bereits vor der Gemeinderatssitzung erfolgt.

Bei der Entwicklung ü... Konzepts müssen immerhin die Vorstellungen der Bürger, des Gemeinderats und der Verwaltung unter einen Hut gebracht werden. „Dafür braucht man externe Moderatoren“, so Haigis. Die sollen wie schon bisher vom Büro konzept kommen. Die zusätzlichen Kosten betragen 53 000 Euro.

Der Verwaltungsausschuss hatte dem Gemeinderat empfohlen, der zusätzlichen Ausgabe zwar zuzustimmen, den Betrag jedoch zu splitten. Er soll auf zwei Jahre verteilt werden, damit das Haushaltsjahr 2010 etwas entlastet wird. Dadurch wird der ISEK-Prozess um ein weiteres Jahr ge-

am besten polemisiert. Dort hat Sie ja auch ein „großes Vorbild“. Wenn man sich aber auf kommunaler Ebene so weit raushängt, dann sollte man sich vorher kundig machen. In diesem Fall insbesondere, wie sich die Kosten der Volkshochschule zusammensetzen, bevor man vor die Presse tritt. Es ist sicherlich sinnvoll, genau zu prüfen, abzuwägen und (wenn auch kleine) Einsparpotenziale ausfindig zu machen. Aber sie soll sich die Polemik sparen. Dass Frau Skudelny nun auch noch die Studie des Umweltbundesamtes, durchgeführt von Dr. Eberhard Greiser; Claudia Greiser von der Firma Epi.Consult GmbH, Musweiler, in Zweifel zieht, ist schon ein starkes Stück.

In der Studie wurden die Daten von mehr als 1,02 Millionen Versicherten gesetzlicher Krankenkassen mit Hauptwohnsitz in der Untersuchungsregion Stadt Köln, Rhein-Sieg-Kreis und Rheinisch-Bergischer Kreis mit Daten des Umgebungslärms (Fluglärm, Straßenverkehrslärm, Schienenverkehrslärm) ausgewertet. Damit entsprechen die Datensätze mehr als 55 Prozent der Gesamtpopulation der Studienregion. Soviel schon mal zur Aussagekraft der Studie. Die Auswertungen erfolgten nach Geschlechtern getrennt und ausschließlich für Versicherte ab dem 40. Lebensjahr. Die Ergebnisse

nen Anklang. Willfried Nobel (SPD) warf der Grüne/FLL-Fraktion vor, sie wolle sich den Bürgern als Sparkommissarin präsentieren. „Wenn man kürzt, muss man auch Inhalte wegstreichen“, sagte er. Dies dürfe nicht passieren. Auch Rolf Kurfless (FW) war dafür, das ins Leben gerufene Projekt nun auch umzusetzen. „Wir müssen für den Bürger verlässlich bleiben“, sagte er.

Johannes Jauch (FDP) ärgerte sich, dass nun mehr Geld gebraucht wird. Willy Stoll (CDU) zeigte sich überrascht, dass zusätzlich 53 000 Euro vonnöten seien. Sein Fraktionskollege Christoph Traub wollte von der Verwaltung die Zusicherung, dass dieser Betrag nun auch wirklich ausreicht. Dies sagte Bürgerreferent Haigis zu.

u/h /

40 3 / 4 0

zeigen für Herz- und Kreislaufkrankungen einen linearen Anstieg des Erkrankungsrisikos bei beiden Geschlechtern von niedrigen Dauerschallpegeln an (40 Dezibel) bei allen Zeitfenstern, von 35,25 Dezibel an für den 24-Stunden-Dauerschallpegel. Diese Ergebnisse zeigten sich nicht für die Zielkrankheit des akuten Herzinfarktes. Bei den psychischen Erkrankungen sind bei Frauen die Erkrankungsrisiken für Depressionen signifikant erhöht, vor allem im Zeitfenster für nächtlichen Fluglärm. Es zeigen sich bei nahezu allen Analysen stärker erhöhte Erkrankungsrisiken bei Fluglärmbelastung. Allein die angegebenen Lärmpegel sprechen für sich und sind gut vor Ort zu übertragen.

Jörg Pauly, SPD-Ortsvereinsvorsitzender, Leinfelden-Echterdingen

Bitte schreiben Sie uns, wenn Sie Kritik üben oder Anregungen loswerden wollen. Leserbriefe müssen nicht der Meinung der Redaktion entsprechen. Das Recht auf Kürzungen behalten wir uns vor.

Unsere Anschrift:

Redaktion Filder-Zeitung

Hauptstraße 60-62

70771 Leinfelden-Echterdingen

E-Mail: redaktion@filder-zeitung.zgs.de

Unse
der Fi
Postv

Löf<
—

>.h

Gesc
Haupt

Reda
Verat

StelK

Fon:

Fax:

redak<

Reda

Verar

Fon:

Fax:

redali

Anze

Verai

Fon:

Fax:

anzei

Es gif

Verla

HIER

Plien

7056

GescI

Reda

StelK

Fon:

Fax:



merensemble der Musikschule musikalisch mit seinen Improvisationen.

Foto: Koch

ihrem eigenen Leben zu tun"

und Musik-Projekt „Begegnungen 2010“ geht in die zweite Runde

Streit um Wirkung von Fluglärm

Leinf.-Echterdingen (hir) - An einer kontroversen Diskussion zwischen den Bundestagsabgeordneten Ute Vogt (SPD) und Judith Skudelny (FDP) beteiligt sich nun auch der Esslinger Landtagsabgeordnete Wolfgang Drexler (SPD). Er fordert von der Landesregierung ein klares Bekenntnis zu den Nachtflugbeschränkungen am Flughafen Stuttgart. Eine neue Studie habe die schädigende Wirkung von Fluglärm im Umfeld nachgewiesen.

Als Gutachter des Umweltbundesamtes ist der Epidemiologe Eberhard Greiser aus Bremen eigentlich unverdächtig. In seiner Studie kommt er für den Einzugsbereich des Flughafens Köln/Bonn zu dem Ergebnis, bei älteren Menschen bestehe ein Zusammenhang zwischen Herz-Kreislauf-Erkrankungen und nächtlichem Fluglärm. Er erkennt bei über 40-Jährigen ein höheres Risiko. Das bestärkt Ute Vogt in ihrer Forderung, das bestehende Nachtstartverbot nicht aufzuweichen.

Judith Skudelny zweifelt jedoch an der Seriosität von Greisers Arbeit. Dieser habe nur die Daten von Patienten der gesetzlichen Krankenkassen ausgewertet und dabei die sechs verkehrsreichsten Monate im Jahr 2004 zugrunde gelegt. Aber inzwischen sei das Fluglärngesetz novelliert worden. Die Daten seien veraltet. Wolfgang Drexler sieht sich dagegen von Greisers Arbeit bestärkt: „Diese neue Studie hat zum Ergebnis, dass nächtlicher Fluglärm das Risiko für einige Erkrankungen ganz erheblich steigen lässt.“

Kürz notiert

Bernhausen

Kochkurs (atz). Die Diätassistentin Isabella Maliani bietet einen Kochkurs unter der Überschrift „Pasta wie beim Italiener“ an. Interessierte treffen sich am Dienstag, 15. März, von 19 bis 22.30 Uhr in der Küche der Gotthard-Müller-Schule an der La-Souterrainer-Straße 9. Die Teilnahme kostet 14,50 Euro. Eine Anmeldung bei der Familienbildungsstätte unter der Telefonnummer 7 77 88 22 ist erforderlich.

Bonlanden

Filmclub für Kids (nak). Den Film „Neues von Atterson und Findus“ zeigt der Grundschnur-Förderverein Bonlanden am Freitag, 12. März, um 15.30 Uhr in seiner Reihe Filmclub für Kids im Vercoszimmer der Uiberhalle. Der Eintritt kostet zwei Euro.

Pekip (atz). Die Familienbildungsstätte (FBS) bietet einen Pekip-Kurs für Kinder, die im Oktober, November oder Dezember geboren wurden, an. Treffpunkt ist mittwochs von 9 bis 10.30 Uhr im Raum 3 der FBS, Humboldtstraße 7 Beginn ist am 17. März. Der Kurs umfasst 16 Einheiten, die Teilnahme kostet 131,20 Euro. Um eine Anmeldung unter Telefon 7 77 88 22 wird gebeten.

Filderstadt

Baustellen-Rundfahrt (atz). Der Altenzentren-Förderverein lädt am Montag, 28. April, Senioren zu einer Informationsfahrt über die Baustellen in Filderstadt an. Stationen sind unter anderem der Bibliotheksneubau in Bernhausen und der Neubau für das Altenpflegeheim St. Vinzenz in Plattenhardt. Zudem steht ein Blick hinter die Kulissen der Kunstschule und der Fährmole auf dem Programm. Die Teilnahme kostet zehn Euro. Start ist um 10.50 Uhr. Ende gegen 17 Uhr. Eine Anmeldung unter Telefon 70 03-2 10 ist erforderlich.

Leinfelden

Videonachmittag (atz). Interessierte sind am Freitag, 12. März, zu einem Videonachmittag mit Franz Fessler zum Thema „Murmeltiere in Saas Fee“ eingeladen. Beginn ist um 15 Uhr im Treff Impuls am Neuen Markt 1.

Stadtführung in Bietighem (nak). Die Volkshochschule bietet am Samstag, 13. März, eine Stadtführung durch die mittelalterliche Altstadt von Bietighem. Treffpunkt ist um 9:15 Uhr an der S-Bahnstation in Leinfelden. Eine Anmeldung ist unter 16 00-3 15 erforderlich.

Kaltental

Schnittiger Kurs (ed). Der Obst- und Gartenbauverein Kaltental bietet am Samstag, 13. März, eine Winterschnittunterweisung an. Treffpunkt ist um 14 Uhr im Schul- und Lehrgarten an der Belesenstraße.

Plattenhardt

Ermütigung zum eigenen Ich (nak). Der Soziologe Martin Noll hält am Donnerstag, 11. März, zwischen 20 und 72 Uhr im Bürgerhaus, Uhlenbergstraße 37, einen Vortrag mit dem Titel „I did it my way: Ermütigung zum eigenen Ich.“ Der Eintritt kostet zehn Euro.

Vaihingen

Hegel-Open (ed). Für die zukünftigen Fünft- bis sechstenklassigen Kinder des Hege-Gymnasiums, Krehlestraße 65, am Freitag, 12. März, einen Tag der offenen Tür. Eltern und Kinder können sich beim „Hegel-Open“ bei einem Rundgang einen Eindruck von der Schule verschaffen. Sollten an diesem Tag nicht alle Unklarheiten beseitigt werden können, besteht am Mittwoch, 17. März, 20 Uhr, noch einmal Gelegenheit, Antworten zu erhalten.

Lesermeinung

Zweifelhafte Gutachten

Zum Bericht „Skudelyni kanzelt Fluglärm-Gutachter ab“ vom 9. März: Es ist völlig unstrittig, dass Fluglärm krank macht. Durch den Artikel kann der Eindruck entstehen, dass dies bestreite. Das ist nicht richtig. Die Bundesregierung hat auch nicht, das Nachtflyoverbot am Stuttgarter Flughafen weiter aufzuweichen. Die Filder-Zeitung hat leider ein Zitat aus meiner Pressemitteilung an einem entscheidenden Punkt gekürzt und im Anschluss Passagen aus dem Koalitionsvertrag ergänzt, auf die ich mich nicht bezogen hatte. Im Koalitionsvertrag ist auch festgehalten, dass MIttarflughäfen zivilen Flughäfen bei den Lärm-schutzbestimmungen gleichgestellt werden sollen. Darauf habe ich mich bezogen. Meine Kritik galt der Art und Weise der Studie von Eberhard Greiser zum Fluglärm. Greiser hat sich zum wiederholten Male bei einer Untersuchung zu den gesundheitlichen Folgen von Fluglärm nicht an wissenschaftliche Standards gehalten. Derartige zweifelhafte Gutachten sollten vom Bundestag nicht herangezogen werden, um gesetzgeberisch tätig zu sein. Judith Skudelyni

FDP-Bundestagsabgeordnete, Stetten



Die CDU-Regionalfraktion besucht Filderstadt. Mit den Filderstädter Bürgermeistern Andreas Koch (von links) und Dieter Lenz diskutierten unter anderem der Bundestagsabgeordnete Joachim Pfeiffer über den Ausbau der S-Bahn nach Neuhausen. Foto: Thomas Krämer

S-Bahn-Ausbau: Filderstadt soll Gas geben

Bernhausen. Die CDU-Regionalfraktion rät der Stadtverwaltung, die Verlängerung nach Neuhausen voranzutreiben. Von Thomas Krämer

Bei der Verlängerung der S-Bahn über Bernhausen hinaus nach Neuhausen signalisiert die CDU-Regionalfraktion ihre Unterstützung. Das ist das Ergebnis einer Vor-Ort-Aktion, zu der Regionalrat der CDU am Dienstag nach Bernhausen gekommen waren. Der Filderstädter Bürgermeister Andreas Koch bekräftigte die Forderung der Kommune, so viel wie möglich Verkehr von der Straße auf die Schiene zu bekommen. „Es ist uns ein großes Anliegen, dass die S-Bahn-Weit nicht in Bernhausen endet, sondern die Züge bis nach Neuhausen fahren“, so Koch. Sein Kollege Dieter Lenz ging auf die Historie des Schienenverkehrs auf den Fildern ein und fasste die Schlüsse der Experten zum Stadtbahn- und S-Bahn-Verkehr zusammen. „Die Verlängerung der S-Bahn von Bernhausen nach Neuhausen ist günstiger als eine entsprechende Stadtbahnlinie“, so Filderstadts Erster Bürgermeister. Mit Kosten in Höhe von 230 Millionen

Euro sei diese Lösung um 34 Millionen Euro günstiger. „Als Kommune sollte man sich auch wegen der Betriebskosten einer Stadtbahn nicht nähern“, sagte Lenz. Der Bund habe nach seinen Worten bereits die Zusage für die Finanzierung gegeben. „und auf kommunaler Seite sind die Kosten überschaubar“, ergänzte der Erste Bürgermeister. Kritisch sei noch die Position von Land und der Region. Zumindest die CDU-Regionalfraktion stehe dem Ausbauplan wohlwollend gegenüber. „Seitens der Region kann ich mir großes Licht für das Projekt vorstellen“, sagte der verkehrspolitische Sprecher der CDU-Regionalfraktion, Rainer Ganske. „Wir sind dazu bereit, keinen Cent für uns zu verbrennen das Projekt gerne“, sagte er in Richtung der Filderstädter Bürgermeister. Allerdings mahnte er die Stadtverwaltung, nun zügig vorzugehen. „Wir sollten bis Ende des Jahres einen Vorvertrag machen“, sagte er mit Blick auf die Neuan-

schaffung eines Zuges, der durch die nach Neuhausen verlängerte Strecke nötig würde. Außerdem stünde das Vorhaben in Konkurrenz zu anderen geplanten Projekten, beispielsweise im Nordschwarzwald. „Seien Sie schneller als Calw“, sagte Ganske. Auch Thomas Bopp sieht die Fortführung der S2 positiv. „Die S-Bahn ist ein Instrument der Wirtschaftsförderung und ein wichtiger Imagefaktor“, sagte der Vorsitzende der Regionalversammlung. Nachdem klar sei, dass Stuttgart-21 komme, stehe auch Joachim Pfeiffer hinter den Plänen. „Wir wollen das Projekt aktiv nach vorne bringen“, so der Bundestagsabgeordnete. Er ergänzte: „Die Verkehrssituation auf den Fildern ist virulent.“ Gellassen gab sich dagegen Roland Klein. „Wir haben kein übertragendes Interesse an der Geschichte, werden das Projekt aber konstruktiv begleiten“, sagte der Oberbürgermeister von Leinfelden-Echterdingen. Die ebenfalls in Rede stehende Verlängerung der Stadtbahn vom Fasanehof hin zur Messe und zum Flughafen gilt nach Angaben von Lenz als von der S-Bahnverlängerung unabhängig zu betrachtendes Projekt.

Stadträte schlucken schwer an doppelten Kosten

Filderstadt. Der Gemeinderat hat fürs Konzept zur Stadtentwicklung zusätzliche 53 000 Euro bewilligt. Von Otto-H. Hausser

1 X ier Stadträte waren nicht begeistert, als sie darüber entscheiden mussten. In der Sitzung am 10. März, die im Ratssaal stattfand, wurde das Konzept der Stadtentwicklung (TSEK) mehr als doppelt soviel Geld ausgegeben werden soll, als ursprünglich gedacht. Letztlich enthielten sich bei der Abstimmung im Gemeinderat immerhin neun Räte der Stimme. Bisher war man davon ausgegangen, dass für den Prozess der Stadtentwicklung, der auf zwei Jahre angelegt war, 50 000 Euro ausreichen werden. Die Verwaltung hatte gedacht, dass nur im bereits abgeschlossenen ersten Teil des Prozesses eine externe Moderation benötigt werde. Diese Einschätzung sei jedoch revidiert worden, hatte Bürgerreferent Thomas Haigis, der

ISEK federführend betreut, bereits vor der Gemeinderatssitzung erklärt. Bei der Entwicklung des Konzepts müssten immerhin die Vorstellungen der Bürger, des Gemeinderats und der Verwaltung unter einen Hut gebracht werden. „Dafür braucht man externe Moderatoren“, so Haigis. Die sollen wie schon bisher vom Büro gekonzipiert kommen. Die zusätzlichen Kosten betragen 53 000 Euro. Der Verwaltungsausschuss hatte dem Gemeinderat empfohlen, der zusätzlichen Ausgabe zwar zuzustimmen, den Betrag jedoch zu splitten. Er soll auf zwei Jahre verteilt werden, damit das Haushaltsjahr 2010 etwas entlastet wird. Dadurch wird der ISEK-Prozess um ein weiteres Jahr ge-

streckt. Mit einem Abschluss ist deshalb erst Ende 2011 zu rechnen. Der Vorschlag von Stadträtin Ute Weimann (Grüne/F.L.), den Betrag um 20 Prozent zu kürzen, fand bei der Mehrheit keinen Anklang. Wilfried Nobel (SPD) warf der Grün/F.L.-Fraktion vor, sie wolle sich den Bürgern als Sparkommissarin präsentieren. „Wenn man kürzt, muss man auch Inhalte wegstreichen“, sagte er. Dies dürfe nicht passieren. Auch Rolf Kurfuss (FW) war dafür, das ins Leben gerufene Projekt nun auch umzusetzen. „Wir müssen für den Bürger verlässlich bleiben“, sagte er. Johannes Jauch (FDP) ärgerte sich, dass nun mehr Geld gebraucht wird. Willy Stoll (CDU) zeigte sich überrascht, dass zusätzlich 53 000 Euro vonnöten seien. Sein Fraktionskollege Christoph Traub wollte von der Verwaltung die Zusage, dass dieser Betrag nun auch wirklich ausreicht. Dies sagte Bürgerreferent Haigis zu.

Zur Person

Bernhausen

Neue Vereinsführung (gr). Der Sängerbund Bernhausen hat seinen Vorsitzenden neu gewählt. Aus gesundheitlichen Gründen hat Manfred Grimm das Amt nach sechs Jahren abgegeben. Einstimmig wurde Helga Schmiederer gewählt. Die neue Vorsitzende ist Helga Schmiederer.

tigt wurden als Stellvertreterin und Frauenbeauftragte Hilde Fingerle, als Kassensführerin Hildgard Borchardt und als Schriftführerin Brigitte Hasche. Der geschäftsführende Vorstand des Sängerbundes ist somit komplett in Frauenhand - ein Novum in der 135-jährigen Vereinsgeschichte. Ebenfalls gewechselt hat die Chorleitung. Seit Januar lenkt der Dirigent, Kirchenmusiker und Kapellmeister Eckhard Wagner die Gesänge der drei Chöre.

Leinfelden

Musikverein ändert Satzung (gr). Die Mitglieder des Musikvereins Stadtkapelle Leinfelden haben eine komplette Neufassung der Satzung beschlossen. Nun ist eine Bildung von Fachbereichen und die Bündelung einzelner Themenkomplexe möglich, was eine Optimierung bei Entscheidungen und der Durchführung von Projekten nach sich zieht. Für die Fachbereiche sind Thomas Amann (Verwaltung), Heike Holtmann (Veranstaltungen), Peter Wieland (Öffentlichkeitsarbeit) und Sandra Amann (Musik) als Leiter gewählt worden. Axel Hohaus wurde im Amt als Vorsitzender bestätigt!

Kyltumorze

Bonlanden

Crossover und Hip-Hop (gr). Die Band No= Convention ist am Freitag, 12. März, in der Alten Mühle, Humboldtstraße, zu hören. Das Konzert mit Crossover und Hip-Hop beginnt um 21 Uhr.

The Soul of Blues (gr). Am Samstag, 13. März, gastiert die Band The Soul of Blues in der Alten Mühle, Humboldtstraße. Konzertbeginn ist um 21 Uhr. Der Eintritt kostet sieben Euro.

Dachswald

Kammermusik-Abend (gr). Werke von Barock bis Modern von Bach, Bruch, Händel, Mozart, Saint-Saens, Satie und Strawinsky erwarten die Besucher des Kammermusik-Abends im Waldheim Sonnenwinkel, Barchestraße, am Freitag, 12. März. Das Konzert, organisiert vom Bürgerverein, beginnt um 20 Uhr. Zusätzlich unterhält Hannes Michi mit Wortbeiträgen. Der Eintritt ist frei.

peslagennswess

Unserer heutigen Ausgabe liegt ein Prospekt der Firma Möbel König, Kirchheim bei (außer Postvertriebsstücken).

LÖKAIÖS Imprf6S
nun mehr Geld gebraucht wird. Willy Stoll

Filder-Zeitung

Geschäftsstelle Filder-Zeitung: Hauptstraße 60-62, 70771 Leinfelden-Echterdingen

Redaktion Filder-Zeitung: Verantwortlich: Norbert J. Leven Stellvertreter: Christian Milankovic Fax: 0711/78 24 08 42 Fax: 0711/78 24 08 55 redaktion@filder-zeitung.zqs.de

Redaktion Esslingen: Verantwortlich: Kai Holloch Fax: 0711/39 69 8610 Fax: 0711/3969 8677 redaktion.esslingen@stz.zqs.de

Anzeigen: Verantwortlich: Klaus Pflügl Fax: 0711/78 24 08 12 Fax: 0711/78 24 08 26 anzeigen@filder-zeitung.zqs.de

Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 12 vom 1.1. 2010

Verlag: HIER Lokaltzeitungsgesellschaft mbH Pfleisinger Straße 150 (Pressehaus Stuttgart) 70567 Stuttgart Geschäftsführer: Jürgen Bartie, Bernhard H. Reese

Redaktionsleitung: Jürgen Bartie Stellvertreter: Ralf Gunkel Fax: 07 11/72 05-89 01 Fax: 0711/72 05-89 09

Nichtssagendes Geschwafel

Zum selben Thema: Nach dem Studium dieses Berichts würde ich keinen Wähler auf den Fudern mehr versieben, der bei der nächsten Wahlen Frau Judith Skudelyni (FDP) bzw. ihrer Partei seine Stimme gibt. Anstatt alle Ansätze zu würdigen, wie die Umweltbelastung „Fluglärm“ und die gesundheitlichen Folgen dieser Belastung angegangen werden können, vertritt die Dame - trotz ihrer verbalen Nebelkerze - unverhohlen und einseitig die Interessen der klassischen Klientel ihrer Partei. Ihr nichtssagendes Geschwafel ändert nichts an der Intention, die letztlich hinter Skudelyni steckt. Ich setze auf den gesunden Wahlverstand der Betroffenen bei den kommenden Wahlen. Werner Bauer, Dürtlewang

Die Polemik sparen

Zu den Berichten „Bildung des Volkes ist Volksvertreter zu teuer“ vom 5. März und „Skudelyni kanzelt Fluglärm-Gutachter ab“ vom 9. März: Frau Skudelyni hat anscheinend sehne“ auf der politischen Bühne in Berlin gelernt, wie man

am besten polemisiert. Dort hat Sie ja auch ein „großes Vorbild“. Wenn man sich aber auf kommunaler Ebene soweit rausgibt, dann sollte man sich vorher kundig machen. In diesem Fall insbesondere, wie sich die Kosten der Volkshochschule zusammensetzen, bevor man vor die Presse tritt. Es ist sicherlich sinnvoll, genau zu prüfen, abzuwägen und (wenn auch keine Einsparpotenziale ausfindig zu machen. Aber sie soll die Polemik sparen. Dass Frau Skudelyni nun auch noch die Studie des Umweltbundesamtes, durchgeführt von Dr. Eberhard Greiser; Claudia Greiser von der Firma Epi-Consult GmbH, Musweiler, in Zweifel zieht, ist schon ein starkes Stück. In der Studie wurden die Daten von mehr als 1,02 Millionen Versicherten gesetzlicher Krankenkassen mit Hauptwohnsitz in der Untersuchungsregion Stadt Köln, Rhein-Sieg-Kreis und Rheinisch-Bergischer Kreis mit Daten des Umgebungs-lärms (Fluglärm, Straßenverkehrslärm, Schienenverkehrslärm) ausgewertet. Damit entsprechen die Datensätze mehr als 55 Prozent der Gesamtbevölkerung der Studienregion. Soviele schon ma zu Aussagekraft der Studie. Die Auswertungen erfolgten nach Geschlecht getrennt und ausschließlich für Versicherte ab dem 40. Lebensjahr. Die Ergebnisse

zeigen für Herz- und Kreislauferkrankungen einen linearen Anstieg des Erkrankungsrisikos bei beiden Geschlechtern von niedrigen Dauerschallpegeln an (40 Dezibel) bei allen Zeitfenstern, von 35,25 Dezibel an für den 24-Stunden-Dauerschallpegel. Diese Ergebnisse zeigten sich nicht für die Zielkrankheit des akuten Herzinfarktes. Bei den psychischen Erkrankungen sind bei Frauen die Erkrankungsrisiken für Depressionen signifikant erhöht, vor allem im Zeitfenster für nächtlichen Fluglärm. Es zeigen sich bei nahezu allen Analysen stärker erhöhte Erkrankungsrisiken bei Fluglärmbelastung. Allein die angegebene Lärmpegel sprechen für sich und sind gut vor Ort zu übertragen. Jörg Pauly, SPD-Ortsvereinsvorsitzender, Leinfelden-Echterdingen

Bitte schreiben Sie uns, wenn Sie Kritik über oder Anregungen loswerden wollen. Leserbriefe müssen nicht der Meinung der Redaktion entsprechen. Das Recht auf Kürzungen behalten wir uns vor. Unsere Anschrift: Redaktion Filder-Zeitung Hauptstraße 60-62 70771 Leinfelden-Echterdingen E-Mail: redaktion@filder-zeUuna.zqs.de

werden. Außerdem soll die Förderung, 'ür zur Kas-
des freiwilligen sozialen Jahres und des se gebeten."
freiwilligen ökologischen Jahres ein- [www.karin-](http://www.karin-roth.de)
geschränkt werden. Die SPD fordert roth.de



*Karin Roth empfängt in Berlin ehrenamtliche Mitglieder des tür-
kischen Kulturvereins.*



Sonderschu
stellen desr.
bürgermeist
In dem Sch
die Bunde
2007 die „
die Rechte
Behinderun
tigen Vertr
Klaus Hurr.
meinderatsf
beitragen, <
Behinderun
ben können
Dazu gehö
Einrichtung
des Netzes
dem Schule
mit Behind
viduellen E
chendes Fö
zungsangeb
Um die n
zu beraten,
OB Zieger k
dertageseini
Kinder mit

Aus Berlin für Esslingen (FDP)

FDP nimmt Lärmschutz ernst

Für die FDP-Bundestagsabgeordnete Judith Skudelny aus dem Landkreis Esslingen ist es völlig unstrittig, dass Lärm die Gesundheit belastet. „Die Bundesregierung hat nicht vor, das Nachtflugverbot am Stuttgarter Flughafen aufzuweichen“, so Skudelny. Das im Koalitionsvertrag festgehaltene Ziel wettbewerbsfähiger Betriebszeiten an Flughäfen bezieht sich nicht auf Stuttgart, sondern auf die internationalen Drehkreuze in Deutschland. Auslöser war eine Diskussion im Umweltausschuss des Deutschen Bundestages zu einer Studie zum Fluglärm. „Fluglärm ist aber nicht das einzige Problem“, so Skudelny. „Sorgen bereitet mir auch die zunehmende Lärmbelas-

tung durch den Güterverkehr wie z.B. auf der Bahnstrecke Stuttgart-Esslingen-Plochingen-Ulm. Ziel der schwarz-gelben Bundesregierung ist es, die Belastung durch Schienenlärm drastisch zu verringern. Daher unterstützt die Bundesregierung z.B. in einer ersten Tranche mit 20 Mio. Euro die Umrüstung von 5.000 Güterwaggons auf Flüsterbremsen. In den nächsten zehn Jahren will die Bundesregierung den Bahnlärm um 50 Prozent senken. Damit insbesondere auch Esslingen davon profitiert, befindet sich Skudelny bereits in intensiven Gesprächen mit dem Staatssekretär im Bundesverkehrsministerium, dem FDP-Bundestagsabgeordneten Jan Mücke.



Judith Skudelny will Verkehrslärmbelastung in Esslingen verringern

Gemeinsame Pressemitteilung der Fraktionen SPD, Freie Wähler